



Barrierefrei sieht anders aus!



Mängel am Mobiliar in den Büros



Fotos: GdP Bremen

JETZT UMDENKEN UND MEHR IN SICHERHEIT INVESTIEREN

Sondervermögen „Innere Sicherheit“ ist zwingend notwendig

Marode Polizeiliegenschaften, veraltete Dienstfahrzeuge, Unterdeckung bei der Bezahlung, Steigerung der Einsatzzahlen, Versammlungslagen und der Überstunden. So sieht es aus in den Polizeien unserer beiden schönen Städte Bremen und Bremerhaven. Wir fordern ein sofortiges Umdenken der rot-grünen Landesregierung.

Hinzu kommt, dass Bremen laut Daten des Bundeskriminalamtes und wie Medien berichteten, die gefährlichste Stadt in Deutschland ist. Die Versammlungslagen sind zum Vorjahresmonat erneut um mehr als 23 % gestiegen. Außerdem steigen die Überstunden wieder stark an. Allein in Bremen sind es fast 323.000 Stunden. Und, die Fußballsaison hat bereits wieder begonnen!

Ein absoluter Irrsinn hier im Bundesland Bremen. Die innere Sicherheit ist ohne ein Sondervermögen stark gefährdet. Und dann verkündet der Senat vor der Sommerpause, dass die Beamten in Bremen und Bremerhaven unentgeltlich mehr arbeiten sollen. Das bedeutet für die Polizistinnen und Polizisten sechs Schichten mehr im Jahr. Weiter soll der zweite Beförderungstermin im Jahr wieder



Marode Heizungen



Schimmelecken



Kaputte Innenausstattung in den Streifenwagen

Schäden in den Duschräumen

Mausbefall

wegfallen. Damit wird das Problem der Unterdeckung wieder größer. In diesen Zeiten brauchen wir starke Sicherheitsbehörden und somit mehr Investitionen. Das

ist Landesaufgabe und damit Aufgabe des Senats und der Bremischen Bürgerschaft. Wir erwarten wesentlich mehr Geld und Verbesserungen bei der Polizei, dem Verfassungsschutz und den Ämtern.

Es gibt Dienststellen, unter anderem die Bremer Polizeistandorte Innenstadt, Osterholz und die Bereitschaftspolizei, wo unter anderem seit Monaten Nagetiere durch die Räumlichkeiten laufen, Schimmel an den Wänden zu sehen ist, keine Klimageräte vorhanden sind, stark beschädigtes Inventar, was nicht ersetzt wird, und ein veralteter Fuhrpark, der seinesgleichen sucht, immer noch benutzt werden müssen. Da will niemand arbeiten und das alles macht krank. Allein bei den Polizeieigenschaften,

der IT und dem Fuhrpark der Polizei Bremen liegt ein Investitionsstau von weit mehr als 100 Millionen Euro vor.

Nach unserer Meinung werden die bekannten Probleme bei der Polizei politisch nicht gelöst. Noch immer nicht verfügen wir über eine Drohnenabwehr, das Polizeigesetz ist nicht modernisiert, das Versammlungsgesetz ist nicht restriktiv genug, Beförderungen werden weniger, bei der Polizeizulage ist Bremen im Bundesvergleich Schlusslicht, die Arbeitszeit soll unentgeltlich erhöht werden und die Überstunden steigen wieder und werden nicht eingefangen. Hinzu kommen marode Dienststellen, ein veralteter Fuhrpark und ein Investitionsstau bei der Digitalisierung.

Die neue Bundesregierung hat ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für Infrastruktur und Klimaneutralität für die Länder beschlossen. Für Bremen bedeutet dies 77 Millionen Euro jährlich für die nächsten zwölf Jahre.

Angeichts der aktuellen Bedrohungslage soll Deutschland resilienter aufgestellt werden. Dazu gehört als wichtiger Faktor die innere Sicherheit und damit die Polizei. Das Sondervermögen muss insbesondere auch in den jahrzehntelangen Investitionsstau bei der Polizei Bremen und Bremerhaven investiert werden.

Die Presse hat in diversen Printmedien, auch deutschlandweit, unsere Pressemitteilung vom 13. August 2025 aufgenommen und über die Situation berichtet. Am 14. August 2025 haben unser GdP-Landesvorsitzender Nils Winter und unser GdP-Fachgruppenvorsitzender Schutzpolizei, Tobias Hübner, an der 35. Sitzung der Deputation für Inneres teilgenommen. Dort hat der GdP-Landesvorsitzende Nils Winter von seinem Rederecht Gebrauch gemacht und den anwesenden Politikern die Situation dargestellt und sie aufgefordert, endlich Entscheidungen zu treffen.

Nils Winter

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen



Foto: Rüdiger Klob



Die rot-grün-rote Landesregierung will an der Arbeitszeiterhöhung festhalten

Zur Podiumsdiskussion der GdP Bremen im Konsul-Hackfeld-Haus am 3. September 2025

Teilnehmer: Mustafa Güngör (Fraktionsvorsitzender der SPD), Dr. Henrike Müller (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen), Nelson Janßen (Fraktionsvorsitzender Die Linke), Nils Winter (GdP-Landesvorsitzender), Heinfried Keithahn (GdP-Beisitzer für Seniorenangelegenheiten).

„Die rot-grün-rote Bremer Landesregierung will uns Beamtinnen und Beamten wirklich so ausquetschen und aufreiben? Das kann und will ich gar nicht glauben“, schüttelte der GdP-Landesvorsitzende Nils Winter nach der Veranstaltung nur mit dem Kopf.

Die Podiumsdiskussion wurde von Heinfried Keithahn moderiert, der auch die Fragen stellte.

Heinfried Keithahn: Die geplante Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich und es geht auch um die Rückkehr zum einmaligen Beförderungstermin. Sind das jetzt notwendige Maßnahmen für die Finanzen des Landes Bremen oder unfaire Belastungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst? Was ist denn die genaue Begründung dafür?

Mustafa Güngör erklärte dazu zusammengefasst, dass der Bremer Senat plane, ab dem 1. Januar 2026 die Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst zu erhöhen, ohne Lohnausgleich. Grund dafür sei die angespannte finanzielle Lage Bremens und die Notwendigkeit, weiterhin hohe Konsolidierungsbeiträge zu leisten. Bremen erhält jährlich Sanierungshilfen und muss deshalb auch Sparmaßnahmen nachweisen. Ähnliche Regelungen gibt es auch in anderen Bundesländern, die Geberländer sind und Bremen die 40 Stunden nicht durchgehen lassen wollen, während deren Beamte 41 Stunden arbeiten. Die Maßnahme ist Teil eines größeren Sparpakets, da bis 2028 erhebliche Einsparungen – 115 Millionen € im Land und 65 Millionen € in der Stadt – erforder-

lich sind, falls sich die Steuereinnahmen nicht positiv entwickeln. Das Beteiligungsverfahren hierzu soll nächste Woche starten.

Etwas zynisch kam dabei das Beispiel eines pensionierten Kollegen der Bundespolizei rüber, den er auf einer Veranstaltung kennengelernt hatte und der ihm erzählte, Schäuble hätte das 2006 im Bund mit dem Hinweis eingeführt und sobald die schwarze Null steht, machen wir das alles wieder rückgängig. Das ist nie passiert! Er führte weiterhin an, dass der Kollege sehr entspannt war, was aber vielleicht daran lag, dass er bereits in Pension war. Er sagte, die 41 Stunden seien für sie im Bund nicht das Problem gewesen!

Dabei ging anschließend ein Raunen durchs Publikum, weil sich die Verhältnisse in den darauffolgenden 19 Jahren bis heute deutlich verschlechtert haben und wir vor ganz anderen Verhältnissen stehen.

Nils Winter schilderte seine große Verärgerung über den Vorschlag, die Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst ohne Lohnausgleich zu erhöhen. Am Tag der Bekanntgabe erhielt er viele empörte Anrufe von Kolleginnen und Kollegen, die sich in ihrer Wertschätzung verletzt fühlen. Besonders kritisiert er, dass der Bürgermeister am 1. Mai noch Solidarität gezeigt habe, aber wenige Wochen später diese einschneidenden Maßnahmen – längere Arbeitszeit und Wegfall eines zweiten Beförderungstermins – über die Presse verkündet wurden, und zwar ohne vorherige Rücksprache mit den Beschäftigten oder ihren Vertretungen. Für jüngere Kolleginnen und Kollegen bedeute dies, über die Lebensarbeitszeit gerechnet, mehr als ein Jahr unbezahlte Mehrarbeit – sprich über ein Jahr seinen Kopf dafür unentgeltlich hinzuhalten, damit unsere Demokratie wehrhaft bleibt! Und die jungen Kolleginnen und Kollegen werden dann ganz genau darüber nachdenken, ob sie für dieses Bundesland ein Jahr länger unentgeltlich ihren Kopf hinhalten werden, wenn das in Niedersachsen nicht so ist.

Er befürchtet: „Das, was wir brauchen, sind gesunde und motivierte Polizistinnen

und Polizisten und Beamte. Wenn wir das nicht mehr haben, dann haben wir ein ganz großes Problem.

Wir erwarten und auch ich insbesondere, das habe ich auch dem Bürgermeister so gesagt, dass diese Idee umgehend zurückgezogen wird und dass mit uns eine Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit nicht zu machen ist.“



Dr. Henrike Müller äußert Verständnis für den Frust und die Enttäuschung über die geplante Einführung der 41-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst, besonders angesichts der ohnehin hohen Überstundenbelastung bei der Polizei und anderen Bereichen. Auch die Enttäuschung über die Bekanntgabe kann sie gut verstehen, das würde man sich auch wirklich anders wünschen, dass man das eben nicht aus der Presse erfährt. Sie betont, dass die Entscheidung nach langen, schwierigen Beratungen gefallen sei und keine leichte oder gern getroffene Maßnahme darstelle, doch von den Leuten hier oben würde sie heute niemand zurückziehen. Die Alternative wäre ein Personalabbau oder die Schließung städtischer Einrichtungen wie beispielsweise Theater oder Schwimmbäder gewesen, was man vermeiden wollte. Die 41-Stunden-Woche sei kein Solitär, sondern Teil eines umfassenden Sparpakets und aus Sicht der Verantwortlichen das geringere Übel im Vergleich zu anderen möglichen Maßnahmen angesichts des starken finanziellen Drucks von Bund und Geberländern.



Heinfried Keithahn: Wird das Problem der Krankenstände durch eine 41-Stunden-Woche noch verschärft?

Nils Winter betont, dass die Bremer Polizei aktuell ca. 300.000 Überstunden angesammelt hat, die nicht abgebaut werden können. Die Belastung ist durch zahlreiche Einsätze, wie Fußballspiele und Versammlungen, die alle überwacht und geschützt werden müssen, sowie weltweite Krisen sehr hoch. Die Kolleginnen und Kollegen kommen aus ihren Einsatzstiefeln gar nicht mehr heraus. Der Krankenstand liegt bereits bei etwa 10 % und könnte durch die geplante Erhöhung der Wochenarbeitszeit weiter steigen. Die Einsatzlagen nehmen weiter zu, für 2025 wird mit etwa 1.200 Einsätzen gerechnet, während das Personal ohnehin knapp ist und die Einstellungszahlen für 2026 noch unklar sind. Winter warnt vor einer weiteren Überlastung der Beschäftigten und sieht die Gefahr steigender Krankenstände.

Heinfried Keithahn: Ist Bremen mit der 41-Stunden-Woche im Gegensatz zu Niedersachsen dann noch ein attraktiver Arbeitgeber?

Nelson Janßen dazu zusammengefasst: In Bremen sei das Gehaltsniveau im öffentlichen Dienst im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger attraktiv. Zusätzlich mussten auch in anderen sozialen Bereichen, wie Seniorenentfalls und Jugendhilfeeinrichtungen, schmerzhaft Kürzungen vorgenommen werden, was für diese Einrichtungen eine starke Belastung darstelle. Die geplante Einführung

der 41-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst stelle jedoch die gravierendste Maßnahme dar. Die angestrebte Kopfzielzahl der Polizei soll trotz dieser Änderungen erhalten bleiben.

Heinfried Keithahn: Wie viel Geld spart Bremen durch die Einführung der 41-Stunden-Woche ein und ist das auch nachhaltig?

Mustafa Güngör: Dazu kennen wir nur Zahlen aus dem Finanzressort und da sind alle Beamtinnen und Beamte insgesamt aufgeführt. Man spart durch die Einführung der 41-Stunden-Woche 260 Stellen bei den Beamten insgesamt ein.

Heinfried Keithahn: Würden sie sich unter diesen Bedingungen bei der Polizei Bremen bewerben?

Dr. Henrike Müller betont, dass sie sich auch unter den aktuellen Bedingungen bei der Polizei Bremen bewerben würde – selbst dann, wenn sie in Niedersachsen leben würde. Sie wünscht sich von jüngeren Beschäftigten mehr Bereitschaft zur Vollzeit, da Teilzeitarbeit langfristig zu niedrigeren Renten führt. Müller sieht sich selbst nicht als Maßstab, da sie ohnehin mehr als 41 Stunden arbeitet, worauf ihr von den zuhörenden Kolleginnen und Kollegen ein kräftiges „Wir auch!“ entgegenschlug. Sie ist überzeugt, dass gemeinsam attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden können, damit der öffentliche Dienst trotz 41-Stunden-Woche ein attraktiver Arbeitgeber bleibt.

Nils Winter erläutert, dass Bremen mit der Einführung der 41-Stunden-Woche bundesweit Spitzenreiter ist. Er erinnert daran, dass früher als Ausgleich für besonders belastende Dienste zwei zusätzliche freie Tage gewährt wurden, diese jedoch wegen finanzieller Probleme des Haushalts wieder gestrichen wurden. Winter stellt die Frage, ob die Beamten nun erneut zur Haushaltskonsolidierung beitragen sollen?

Nils Winter bemerkt, dass die Polizeizulage in Bremen

seit einem Jahr bundesweit am niedrigsten sei. Während Niedersachsen die Zulage auf 180 € erhöht hat, liegt sie in Bremen weiterhin bei 127 €. In einigen anderen Bundesländern, die bereits eine 41-Stunden-Woche eingeführt haben, ist die Zulage zudem ruhegehaltsfähig, was bedeutet, dass die dortigen Beamten im Ruhestand 80 bis 100 € mehr erhalten als in Bremen.

Es gab eine intensive Diskussion über die Abschaffung des zweiten Beförderungstermins, der erst seit 2020 existiert. Diese Maßnahme bringt vor allem für jüngere Beschäftigte Nachteile und hilft nicht bei der Beseitigung der Unterdeckung. Zudem ist unklar, wie hoch die tatsächlichen Einsparungen für den Haushalt sind. Leistungsstärkere Beamtinnen und Beamte müssen länger auf ihre Beförderung warten, wodurch die Gefahr besteht, dass sie attraktive Angebote aus anderen Bundesländern annehmen.

Im Anschluss folgte die offene Diskussion, bei der Missstände dargestellt und weitere vertiefende Fragen zu den vorab diskutierten Themen gestellt und erörtert wurden.

Rüdiger Kloth, Landesredakteur



Bremen im Vergleich

Anschluss verloren!

- Die Bezüge und die Versorgung in Bremen entsprechen nicht dem Bundesdurchschnitt und liegen unter dem Niveau anderer Bundesländer.**
 Die Besoldungsanpassung zum 1. Februar 2025 war für Bremen ein Rückschlag. Bei der Endstufe A 13 fiel das Land auf den letzten Platz zurück und hat seither einen Abstand von 868 € zum Vorletzten, dem Saarland. Sollte die Arbeitszeit in Bremen auf 41 Stunden angehoben werden, müsste die Besoldung zum besseren Vergleich auf eine 40-Stunden-Woche umgerechnet werden. Der Abstand zum Vorletzten (Schleswig-Holstein) beträgt dann 2238 Euro. Bei der Endstufe A9 ist das ähnlich. Bremen liegt hier auf dem letzten Platz. Bei einer Umrundung auf eine 40-Stunden-Woche würde der Abstand auf 931 Euro steigen.
- Die Besoldung ist zu niedrig und verfassungswidrig.**
 Das Bundesverfassungsgericht hat Kriterien für die Berechnung einer Mindestbesoldung aufgestellt. Im Rahmen des gesetzlichen Beteiligungsgesprächs des DGB zur Besoldungsanpassung 2024 entstanden Zweifel, ob die festgelegten Kriterien eingehalten wurden. Der Senat hat sich bereit erklärt, zu Beginn des Jahres 2025 eine Neuberechnung vorzunehmen und die Besoldung ggf. unter Beteiligung des DGB zu optimieren. Eine entsprechende Nachberechnung wurde bis zum heutigen Tage nicht vorgenommen.
- Polizeizulage**
 Die Polizeizulage in Bremen ist die niedrigste aller Bundesländer. Im Gegensatz zu den Bundesländern Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sowie dem Bund ist sie zudem nicht ruhegehaltsfähig. Und dies in der Stadt, die die höchste Kriminalitätsrate aufweist.
- Beihilfe**
 Bremen bietet die geringsten Beihilfeleistungen, ist aber das einzige Bundesland, das gleichzeitig eine Zuzahlung zu Arzneimitteln verlangt, ab A 10 an Eigenbehalten (Kostendämpfungspauschale) festhält und keine Befreiung von den Eigenbehalten bei Erreichen einer Belastungsgrenze vorsieht. Ehe- oder eingetragene Lebenspartner werden nur dann berücksichtigt, wenn ihr Einkommen im Jahr höchstens 12.000 € beträgt. Schon der einkommensteuerrechtliche Grundfreibetrag ist in diesem Jahr höher. In Niedersachsen liegt diese Grenze beispielsweise bei 22.000 Euro.
- Bezahlte Freistellungstage im Jahr**
 Bremen gewährt im Gegensatz zu Schleswig-Holstein, das zwei bezahlte Freistellungstage anbietet, keine solchen Tage. Weitere Bundesländer gewähren ebenfalls einen bezahlten Freistellungstag pro Jahr.
- Sonderurlaub für Wechselschichtdienst der Polizei**
 Der Anspruch auf Sonderurlaub für Wechselschichtdienst ist in Bremen mit maximal vier Tagen (fünf ab 50 Jahren) deutlich geringer als in vielen anderen Bundesländern und beim Bund. Dort sind es meist sechs oder sieben Tage, die sich bei höherem Alter oft noch erhöhen.

3. September 2025

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bremen

Gewerkschaft der Polizei, Rogn. Geschäftsstelle 76, 28195 Bremen, Tel.: (0421) 34 85 85 - 1, FAX: (0421) 34 85 85 - 8



Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe 2025, Landesjournal Bremen, ist der 2. Oktober 2025.

Artikel bitte mailen an:
ruedigerkloss.dpo1@gmail.com



Licht und Schatten beim Summerspecial 2025

Am 21. August fand das Summerspecial der Landesfrauengruppe statt, das erneut von unserer engagierten Siggi ausgerichtet wurde. In gemütlicher Atmosphäre trafen sich zwölf Frauen aus unterschiedlichen Bereichen, begleitet von kulinarischen Highlights – einem reichhaltigen Kuchenbuffet am Nachmittag und einem Grillbuffet am Abend. Ein besonderer Dank gilt unserer Referentin für Vielfalt und Antidiskriminierung, Frau Ikram Errahmouni-Rimi, die uns mit einem inspirierenden Einblick in ihre Vita bereicherte.

Ihr Vortrag hinterließ einen bleibenden Eindruck. Doch nicht nur Licht, auch Schatten begleiteten den Tag.

Zum Abend hin kühlte es nicht nur wetterbedingt ab – auch die ernüchternde Erkenntnis, dass lediglich drei Interessentinnen für den Landesfrauenvorstand anwesend waren, drückte die Stimmung. Für die Arbeitsfähigkeit des Landesfrauenvorstands werden fünf engagierte Kolleginnen benötigt.

Einig waren sich alle Teilnehmerinnen darin, dass die Frauenarbeit innerhalb der Polizei Bremen fortgeführt werden muss. Denn die Frage bleibt: Ist wirklich schon alles in bester Ordnung? Wir glauben das

nicht. Vielmehr sind es gerade Veranstaltungen wie dieses Summerspecial, die zeigen, wie wichtig Austausch, Unterstützung und Vernetzung sind.

Darum unser dringender Appell an alle Kolleginnen: Meldet euch bei uns, bringt euch ein und gestaltet die Arbeit aktiv mit. Der neue Vorstand wird nicht allein dastehen – Unterstützung und Erfahrung werden zugesichert. Es wäre fatal, wenn wertvolle Begegnungen und Formate wie das Summerspecial in naher Zukunft der Vergangenheit angehören würden.

Susanne Wiedemann



Foto: Pixabay



Ikram Errahmouni-Rimi



Die Summerspecial-Teilnehmerinnen!

Fotos: GdP Bremen

Fotos: GdP Bremen



Begrüßung der Gäste

GdP-SOMMERPARTY 2025 IN DER BREMER WALDBÜHNE

Ausgelassenes Sommerfest mit perfektem Wetter und mitreißender Stimmung

Das makellose Wetter mit Sonnenschein und angenehmen Temperaturen sorgte für optimale Bedingungen. Die Stimmung unter den Mitgliedern und Gästen war durchgehend fantastisch, getragen von Freude, Lachen und echten Gemeinschaftsgefühlen. Danke, dass ihr diesen Abend so besonders gemacht habt.

Die Waldbühne Bremen war erneut der perfekte Ort zum Feiern – das Team der Waldbühne Bremen hat die Wünsche der Gäste von deren Augen abgelesen. Danke für diesen großartigen Service. Ein besonderer Dank gilt dem Team der Caterer vom Bremer Tor Event für das reichhaltige Grillbuffet mit Salaten und weiteren Beilagen, das uns kulinarisch verwöhnt hat. Es war superlecker.

Die Band „STONE WASHED“, die Rock-Cover-Band aus Syke, hat uns mit ihrer großartigen Musik und Stimmung mitgerissen, und auf der Tanzfläche wurde bis zum Ende ausgelassen getanzt.

Wir haben uns über den Besuch von Ulrich Mäurer, Senator für Inneres und Sport, Dirk Fasse, Polizeipräsident und Jochen Kopelke, GdP-Bundesvorsitzender – jeweils mit ihren Ehefrauen – gefreut. Eure Anwesenheit

hat dem Abend eine wunderbare, persönliche Note gegeben, das wissen wir sehr zu schätzen.

Nach der offiziellen Begrüßung durch den GdP-Landesvorsitzenden Nils Winter und den Geschäftsführer der GdP-Service GmbH, Sven Runge, haben die Anwesenden noch ein Ständchen zum Geburtstag von unserem GdP-Mitglied Jürgen angestimmt. Jürgen hat sich riesig darü-



Dirk Fasse, Jochen Kopelke, Ulrich Mäurer, Nils Winter (von links) sind guter Dinge!





ber gefreut. „So viele Kollegen haben noch nie zeitgleich und gemeinsam für mich gesungen. Einfach klasse. Vielen Dank. Ich bin überwältigt.“

Gemeinsam haben wir die Stunden entspannt und fröhlich gefeiert. Danke schön

an alle – ohne euch wäre dieser Abend nicht möglich gewesen. Wir freuen uns schon jetzt aufs nächste Jahr, um wieder gemeinsam einen unvergesslichen Abend zu erleben.

Sonja Jambroszyk





SAVE THE DATE!

EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Fachgruppe Verwaltungspolizei der Gewerkschaft der Polizei Bremen

Liebe Mitglieder der Fachgruppe Verwaltungspolizei,
zur ordentlichen Mitgliederversammlung laden wir euch herzlich ein.

Wann: 19. November 2025, 15:30 Uhr

Wo: GdP-Geschäftsstelle, Bürgermeister-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen

Tagesordnung

- TOP 1:** Vorstellung des Tätigkeitsberichtes des Fachgruppenvorstandes
- TOP 2:** Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landesdelegiertentag 2026
- TOP 3:** Anträge für den Landesdelegiertentag 2026
- TOP 4:** Verschiedenes

Mit kollegialen Grüßen

Der Fachgruppenvorstand

FACHGRUPPE BEPO INFORMIERT

Mitgliederversammlung

E4 /E11, BFE, TEE, Einsatzzüge, PGW,
HföV – Fachrichtung Polizei,
Objektschutz, DHF

am 5. November 2025, um 14 Uhr!

Du möchtest die Polizei Bremen mitgestalten und bist Mitglied in der GdP sowie Angehöriger der Bereitschaftspolizei oder der HföV (auch Studentinnen und Studenten), dann komm zur Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 5. November 2025!

Themen

- Vorstellung / Konstituierung der Fachgruppe
- Themen 2026/27 (Sachstandsbericht, Fachkarriere, Dienstpläne, Ausrüstung u.v.m.)
 - Delegiertentag 2026

Wir wollen mit Euch vor Ort (Aula BePo) ins Gespräch kommen.

Wir freuen uns, wenn ihr vorbeikommt.

Eure
GdP-Fachgruppe BePo